

Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel



Europabericht 16/2008
vom 26.09.2008

EUROPABERICHT NR.: 16/2008

Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Geschäftsbereich Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER PLENARSITZUNG VOM 22.-25.09.2008 IN BRÜSSEL

Das Plenum befasste sich in seiner Hauptdebatte mit dem Arbeitsprogramm der Kommission für das Europawahljahr 2009, ohne sich jedoch auf eine Entschließung einigen zu können. Weitere Schwerpunkte waren die Aussprachen zum 2. Teil des Sozialpakets, insbesondere den Gesundheitsdienstleistungen, und zur aktuellen Finanzkrise mit der Forderung nach klaren Regeln für die Finanzmärkte, nicht nur für Hedge Fonds und Private Equity, mit entsprechenden Resolutionen. Zudem wurden drei Finalisten für den diesjährigen Sacharow-Preis des EP für geistige Freiheit benannt. Das Europäische Parlament hat außerdem vorgeschlagen, den 23. August zum Europäischen Gedenktag an die Opfer der stalinistischen und nazistischen Verbrechen zu erklären. In einer feierlichen Stunde im Rahmen des Jahres des interkulturellen Dialogs sprach sich der ökumenische Patriarch von Konstantinopel *Bartholomäus I.* für den Beitritt der Türkei in die EU aus.

Im gesetzgeberischen Bereich ist aus bayerischer Sicht insbesondere die 1. Lesung zum Telekompaket, u.a. mit den verbesserten Möglichkeiten zur Breitbandversorgung des ländlichen Raums von Interesse. Im Konsultationsverfahren zur Überarbeitung des Rahmenbeschlusses zur Terrorismusbekämpfung forderte das EP die Einhaltung eines hohen Datenschutzniveaus ebenso wie bei dem Rahmenbeschluss zum Schutz personenbezogener Daten. Weiter verabschiedeten die Abgeordneten Initiativberichte zu Medienkonzentration und –pluralismus, und zur Bekämpfung von Übergewicht, Fettleibigkeit und Adipositas, da 50 % der erwachsenen Europäer davon betroffen sind. (siehe zu den einzelnen Themen auch die Beiträge der jeweiligen Ressorts).

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/tous_les_infopress/default/default_de.htm

IRISCHES REFERENDUM: FINANZIERUNG DER „NEIN“- KAMPAGNE?

Ausgelöst durch eine Wortmeldung von MdEP *Daniel Cohn-Bendit* (Grüne/EFA/D) zu Beginn der Plenarsitzung haben EP Präsident Prof. Dr. *Hans-Gert Pöttering* und alle Fraktionsvorsitzenden im EP eine „volle Transparenz“ bei der Finanzierung der "Nein"-Kampagne zum irischen

Referendum über den EU-Reformvertrag gefordert. Die zuständigen irischen Behörden wurden aufgefordert, den Sachverhalt aufzuklären und ggf. entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. *Cohn-Bendit* hatte auf Presseberichte in Irland verwiesen, wonach es möglicherweise eine Verbindung zwischen den Finanziers der "Nein"-Kampagne in Irland und US- amerikanischen Militär- und Geheimdienstkreisen gebe.

EUROPAWAHLEN 2009: WIRTSCHAFTSFRAGEN IM VORDERGRUND

Am 24.09.2008 wurden die Ergebnisse einer Umfrage, die Eurobarometer im Auftrag des Europäischen Parlaments zur Europawahl 2009 im Zeitraum Ende März bis Anfang Mai 2008 durchgeführt hat, bekannt. Demnach ist der anstehende Wahltermin noch weitgehend unbekannt. Von den Befragten (EU: knapp 26.661 - D: 1534) würden in der EU 30% (D sogar 40%) definitiv wählen und 14% (D: 12%) definitiv nicht wählen gehen. Der Wahlkampf wäre von wirtschaftspolitischen Themen dominiert. Die drei wichtigsten sind Arbeitsplätze (EU: 47% - D: 59%), Wirtschaftswachstum (EU: 45% - D: 42%) sowie Inflation und Kaufkraft (EU: 41% - D: 51%).

Die gesamte Studie findet sich unter

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_299_de.pdf

Die Ergebnisse für Deutschland unter

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_299_de_en.pdf

EP STARTET EIGENEN WEBTV-SENDER

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. *Hans-Gert Pöttering*, hat am 17.09.2008 den Startschuss für EuroparTV, den eigenen WebTV Sender des EP gegeben. Der Sender soll sich gerade im Hinblick auf die Europawahl 2009 an die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch an die jungen Menschen, wenden, die sich für die Arbeit des EP interessieren. Die Programme werden in mehr als 20 Sprachen übersetzt, was einmalig in der Welt ist.

www.europartv.europa.eu

AUßENMINISTERRAT: EU BEOBACHTERMISSION FÜR GEORGIEN – KEINE FORTSCHRITTE MIT SERBIEN

Der Außenministerrat hat am 15.09.2008 erwartungsgemäß die Entsendung einer 200 Mann starken zivilen Beobachtermission „EUMM“ für Georgien zum 01.10.2008 beschlossen (s. EB 15/08). Deutschland will 40 Beobachter stellen. Der französische Diplomat *Pierre Morel* wurde zum Sonderbeauftragten der EU für die Krise in Georgien ernannt. Am 17.09.2009 gab der hohe

Beauftragte für Außen- und Sicherheitspolitik *Javier Solana* der Berufung des bisherigen deutschen Botschafters im Libanon *Hansjörg Haber* als Leiter der „EUMM“ bekannt. Hingegen konnte sich der Rat wegen des Widerstandes der Niederlande nicht darauf einigen, das Interim Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Serbien in Kraft zu setzen (s. EB 15/08).

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/gena/102804.pdf

DEREGULIERUNG: „PREIS FÜR DIE BESTE IDEE ZUM BÜROKRATIEABBAU“ AUSGELOBT

Die Europäische Kommission und die Hochrangige Gruppe unabhängiger Interessenträger im Bereich Verwaltungslasten (HGVL) unter Vorsitz von Ministerpräsident a.D. *Dr. Edmund Stoiber* hat am 18.09.2008 einen Wettbewerb für die beste Idee zum Bürokratieabbau lanciert. Am 22.09.2008 berichtete Stoiber im Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments über die Arbeit der Gruppe.

Mehr Informationen zu dem Wettbewerb unter:

www.best-idea-award.eu

Mehr Einzelheiten zur der Ausschusssitzung:

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/cm/738/738251/738251de.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium des Inneren

INNENMINISTER HERRMANN UND BAYERISCHE WIRTSCHAFT DISKUTIEREN MIT KOMMISSION ÜBER ENERGIEEFFIZIENTES BAUEN

Am 15.09.2008 fand in der Vertretung des Freistaats Bayern bei der EU eine Veranstaltung zum Thema „Energieeffizientes Bauen – wie können Maßnahmen der EU, Deutschlands und Bayerns am besten koordiniert werden?“ statt. Staatsminister Joachim Herrmann konnte gemeinsam mit der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. den zuständigen Kommissar für Energie, *Andris Piebalgs* und ca. 200 Gäste aus den Institutionen begrüßen. Anlass war das Vorhaben der Kommission, im November einen Vorschlag zur Änderung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden vom 16.12.2002 vorzulegen.

<http://www.stmi.bayern.de/presse/archiv/2008/429.php>

<http://www.innenministerium.bayern.de/bauen/themen/gebäude-energie/>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/08/438&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KONFERENZ DES FRANZÖSISCHEN VORSITZES ZUR ASYLPOLITIK

Die französische Präsidentschaft veranstaltete eine Konferenz der EU-Innenminister zum „Aufbau eines Europas des Asyls“. Kommissionsvizepräsident *Barrot* kündigte bis Herbst 2009 Vorschläge für 7 Rechtsakte an. Das Europäische Parlament hat die EU-Asylpolitik kritisiert.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/08/402&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

EUROPÄISCHES PARLAMENT MACHT WEG ZUR ANNAHME DES RAHMENBESCHLUSSES ZUM DATENSCHUTZ IN DER DRITTEN SÄULE FREI

Der Rat Justiz und Inneres hatte sich am 8./9.11.2007 über einen Rahmenbeschluss zum Datenschutz bei der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (3. Säule) geeinigt. Bei der Plenardebatte am 23.09.2008 wurde der Text des Rats von Sprechern aller Fraktionen kritisiert. Die Abgeordneten fordern, das Datenschutzniveau zu erhöhen. Der Rat wird die Forderungen des EP in den nächsten Wochen prüfen. Es ist geplant, den Rahmenbeschluss beim JI-Rat am 27./28.11.2008 förmlich anzunehmen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0436+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

KOMMISSION SCHLÄGT NEUEN AKTIONSPLAN ZUM KAMPF GEGEN DROGENMISSBRAUCH VOR

Kommissionsvizepräsident *Barrot* berichtete, dass der Konsum von Heroin, Cannabis und synthetischen Drogen zuletzt nicht mehr angestiegen, teilweise sogar zurückgegangen sei. Der Kokainkonsum habe dagegen in mehreren Mitgliedstaaten weiter zugenommen. Wenn der Rat, wie bis Jahresende vorgesehen, den Kommissionsvorschlag annimmt, sollen in den nächsten Jahren Maßnahmen zur Prävention und Sensibilisierung, eine verstärkte internationale Zusammenarbeit und eine Erhöhung des Verfolgungsdrucks auf organisierte Drogenhändler im Mittelpunkt stehen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1366&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/571&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

STRAßENVERKEHRSSICHERHEIT: KOMMISSION WILL AB 2011 FÜR ALLE NEUWAGEN TAGFAHRLEUCHTEN

Die Kommission hat eine Ausführungsrichtlinie beschlossen, nach der ab Februar 2011 die Ausrüstung aller neuen PKW und Transporter mit Tagfahrleuchten vorgeschrieben wird.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1394&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/enterprise/automotive/safety/c_2008_5296/de.pdf

EUROPÄISCHER FAHRRADVERBAND FEIERT 25. GRÜNDUNGS-JUBILÄUM IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG BRÜSSEL

Die European Cycling Federation, Dachverband von 56 Fahrradverbänden aus 38 europäischen Ländern, hat am 18.09.2008 in der Bayerischen Vertretung ihr 25. Gründungsjubiläum gefeiert. ECF-Präsident *Manfred Neun* (Memmingen) konnte dazu knapp 100 Gäste begrüßen

http://www.ecf.com/162_1

<http://www.innenministerium.bayern.de/presse/archiv/2008/386.php>

EUROPÄISCHE BRANDSCHUTZFÜHRUNGSKRÄFTE TAGEN IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG BRÜSSEL

Die European Fire Academy ist ein Netzwerk hochrangiger, im Bereich Brandvermeidung, Notdienste und Katastrophenschutz tätiger Personen. Am 11./12.09.2008 kamen sie unter Vorsitz von THW-Präsident *Brömme* zu Diskussionen über „European fire prevention management – addressing the key fire safety issues in Europe“ zusammen.

<http://www.europeanfireacademy.com/cms/show>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz

ENTSCHLIEßUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ZUR ÄNDERUNG DES RAHMENBESCHLUSSES ZUR TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

Das Europäische Parlament hat am 23.9.2008 einer Ausweitung der Straftatbestände zur verbesserten Terrorismusbekämpfung zugestimmt.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=->

[//EP//NONSGML+TA+20080923+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE](http://EP//NONSGML+TA+20080923+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE)

ROM III-VERORDNUNG: ABSTIMMUNG IN DEN EP-AUSSCHÜSSEN

Am 9. und 16.9.2008 stimmten der Rechtsausschuss (JURI) und der federführende Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) über den Entwurf einer Verordnung über die Zuständigkeit und das anwendbare Recht in Ehesachen (sog. ROM III-Verordnung) ab.

VORSCHLAG DER KOMMISSION ZUR UNTERZEICHNUNG DES ÜBEREINKOMMENS ÜBER GERICHTSSTANDSVEREINBARUNGEN

Die Kommission plant, das Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen vom 30.6.2005 für die Gemeinschaft zu unterzeichnen.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0538:FIN:DE:PDF>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

THEMEN DES INFORMELLEN ECOFIN-RATES 12./13.09.2008

Auf dem informellen Rat am 12./13.09.2008 befassten sich die Wirtschafts- und Finanzminister u. a. mit der wirtschaftlichen Situation in Europa, einer verbesserten Koordination der Kontrolle und der Aufsicht des europäischen Finanzwesens sowie der Ausweitung der ermäßigten MwSt.-Sätze.

KOMMISSION LEGT BERICHT ZUR ZINSBESTEUERUNG VOR

Die Kommission hat am 15. September 2008 einen Bericht über die Umsetzung der Zinsbesteuerungsrichtlinie vorgelegt. Damit kam sie einem Auftrag des Ecofin-Rates vom Mai 2008 nach. Der Bericht enthält drei Schwerpunkte, nämlich die Umsetzung der Richtlinie, eine erste Bewertung und mögliche Verbesserungen. Er kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Richtlinie in den Grenzen ihres Geltungsbereichs als wirksam erwiesen habe, aber Verbesserungen noch erforderlich sind.

[http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/personal_tax/savings_tax/savings_directive_review/COM\(2008\)552_de.pdf](http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/personal_tax/savings_tax/savings_directive_review/COM(2008)552_de.pdf)

VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN GROßBRITANNIEN WEGEN GRENZÜBERSCHREITENDEM VERLUSTAUSGLEICH

Die Kommission hat Großbritannien am 18. September 2008 förmlich aufgefordert, das EuGH-Urteil in der Rechtssache Marks & Spencer über grenzüberschreitenden Verlustausgleich ordnungsgemäß umzusetzen.

BERICHT DES EP ZU HEDGE-FONDS UND PRIVATE EQUITY

Das EP hat am 23. September 2008 die Initiativberichte von MdEP *Rasmussen* (SPE/DK) und MdEP *Lehne* (EVP-ED/D) verabschiedet.

In dem ersten Bericht fordert das EP von der Kommission eine Reihe von Gesetzesvorschlägen zu Hedge-Fonds und Private Equity, um durch erhöhte Transparenz, Einführung von Eigenkapitalvorschriften und Maßnahmen gegen Überschuldung und Interessenkonflikte das Vertrauen in die Finanzmärkte wiederzugewinnen. Der zweite Bericht widmet sich der Transparenz institutioneller Investoren und verlangt einen "gemeinsamen Transparenzstandard". Transparenz sei schließlich eine Grundvoraussetzung für das Vertrauen der Anleger und das Verständnis komplexer Finanzprodukte und trage somit zum optimalen Funktionieren und zur Stabilität der Finanzmärkte bei (s. dazu auch Beitrag des StMWIVT).

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-
//EP//NONSGML+TA+20080923+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+20080923+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE)

AUSSPRACHE IM EP ZU FINANZMARKTKRISE

Das EP befasste sich am 24.09.2008 mit der Krise der internationalen Finanzmärkte und deren Auswirkungen auf die EU. Es forderte bessere Regeln und mehr Transparenz.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

UMWELTAUSSCHUSS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS STIMMT ÜBER VERORDNUNGSVORSCHLAG ZUR CO₂-REDUKTION BEI PKW AB

In seiner Abstimmung am 25.09.2008 über die CO₂-Reduktion bei Pkw und leichten Nutzfahrzeugen folgte der Umweltausschuss in den strittigen Punkten im Wesentlichen nicht den Ergebnissen der Abstimmung im Industrieausschusses am 01.09.2008 (s. EB 15/2008), sondern behielt die Linie der Kommission bei. So wurden die Kompromissanträge zu einer schrittweisen Einführung der CO₂-Auflagen (phasing-in) sowie zur Reduzierung der Strafzahlungen abgelehnt.

GALILEO-VERGABEVERFAHREN: DREI DEUTSCHE UNTERNEHMEN SIND IN DER VORAUSWAHL

Die Europäische Kommission und die Europäische Weltraumorganisation haben am 19.09.2008 im Rahmen des Vergabeverfahrens für die erste vollständige Konstellation des Europäischen Satellitennavigationssystems GALILEO aus 21 Bewerbungen elf Kandidaten in die engere Wahl genommen. Darunter sind drei deutsche Unternehmen, nämlich Astrium und OHB-Systems für Aufträge im Weltraumsegment und DLR für den Betrieb.

INDUSTRIE- UND ENERGIEAUSSCHUSS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS STIMMT ÜBER ERNEUERBARE ENERGIEN-RICHTLINIE AB

Der Industrie- und Energieausschuss des Europäischen Parlaments hat am 11.09.2008 den Entwurf einer Richtlinie zur Förderung erneuerbare Energien mit 50 zu 2 Stimmen verabschiedet. Darin spricht sich der Ausschuss dafür aus, dass bis 2015 wenigstens 5 % der Treibstoffe im Verkehrssektor aus erneuerbaren Energien hergestellt werden. Das umstrittene Ziel von 10 % bis 2020 bleibt weiterhin bestehen. Der Ausschuss hat sich zudem für verschärfte Nachhaltigkeitskriterien für Biokraftstoffe ausgesprochen und führte einen Flexibilitätsmechanismus für die Mitgliedstaaten ein, mit dem sie das 20 %-Ziel beim Einsatz erneuerbarer Energien bis 2020 gemeinsam erreichen können.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-36659-254-09-37-911-20080909IPR36658-10-09-2008-2008-false/default_de.htm

EU-FINANZMINISTER BESCHLIEßEN, DASS DIE EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK MITTEL FÜR FINANZIERUNG VON KMU AUFSTOCKT

Die europäischen Finanzminister haben auf ihrer informellen Tagung am 12. und 13.09.2008 in Nizza beschlossen, dass die Europäische Investitionsbank (EIB) ihr Kreditvolumen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in 2008 und 2009 erheblich erhöhen wird. Für 2008 und 2009 sollen 15 Mrd. € und bis 2011 insgesamt 30 Mrd. € vorgesehen werden.

EUROPÄISCHES PARLAMENT VERABSCHIEDET ENTSCHLIEßUNG ZUR HEDGE-FONDS UND PRIVATE EQUITY

Das Europäische Parlament hat am 23.09.2008 zwei Initiativberichte zu Hedge-Fonds und Private Equity verabschiedet, in denen es mehr Transparenz fordert. Gerade im Zusammenhang mit der Finanzkrise fordern die Abgeordneten die Transparenz von Anlagestrategien, die Offenlegung der Eigentumsverhältnisse an Unternehmen sowie EU-einheitliche Regeln gegen

das Ausplündern von Unternehmen (sog. asset stripping), Leerverkäufe und Aktienleihe (siehe Bericht im Zuständigkeitsbereich des StMF, Punkt IV).

NIEDERLASSUNGSFREIHEIT FÜR APOTHEKER: KOMMISSION SETZT VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN DEUTSCHLAND FORT

Die Kommission hat am 18.09.2008 beschlossen, Deutschland förmlich aufzufordern, seine Vorschriften über den Besitz von Apotheken zu überarbeiten. Diesen Vorschriften zufolge dürfen nur Apotheker oder ausschließlich aus Apothekern bestehende Partnergemeinschaften Apotheken besitzen. Ferner ist der Besitz von mehr als einer Hauptapotheke und drei Filialapotheken untersagt. Hinzu kommt die Vorgabe der räumlichen Nähe zwischen der Hauptapotheke und den Filialapotheken. Diese Bestimmungen können nach Ansicht der Kommission nicht mit dem Argument des Gesundheitsschutzes gerechtfertigt werden und stehen damit im Widerspruch zur in Art. 43 EGV verankerten Niederlassungsfreiheit.

AUS GMES WIRD KOPERNIKUS

Die Europäische Kommission hat am 16.09.2008 bekannt gegeben, dass die neue Bezeichnung des Erdbeobachtungssystems der Europäischen Kommission, das bislang als globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung (GMES – Global Monitoring for Environment and Security) bekannt war, nun Kopernikus heißen soll.

<http://ec.europa.eu/kopernikus/>

KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZUR DURCHSETZUNG DES BEIHILFENRECHTS

Die Europäische Kommission hat am 22.09.2008 eine Konsultation zu einer Mitteilung über die Durchsetzung des Beihilfenrechts durch einzelstaatliche Gerichte veröffentlicht. Die Kommission will damit nationale Gerichte bei beihilfenrechtlichen Klagen unterstützen. Nationale Richter sollen künftig Informationen und Stellungnahmen bei der Kommission einholen können. Interessierte Dritte können sich zu den Vorschlägen bis zum 23.10.2008 äußern.

http://ec.europa.eu/comm/competition/state_aid/reform/enforcement_draft_de.pdf

KOMMISSION BESCHLIEßT VERPFLICHTENDE TAGFAHRLEUCHTEN AB 2011 FÜR ALLE NEUEN KRAFTFAHRZEUGE

Die Europäische Kommission hat am 24.09.2008 eine Richtlinie beschlossen, die die Ausrüstung aller neuen Kraftfahrzeugtypen (PKW und Transporter) mit Tagfahrleuchten ab Februar 2011 zur

Pflicht macht. Das sind spezielle Frontleuchten, die sich automatisch einschalten, wenn der Motor angelassen wird. Nach Erkenntnissen der Kommission machen sie ein Fahrzeug für andere Verkehrsteilnehmer besser erkennbar und verbrauchen weniger Strom als die Hauptscheinwerfer. Für alle neuen Nutzfahrzeugtypen gilt dies ab August 2012.

[HTTP://EC.EUROPA.EU/ENTERPRISE/AUTOMOTIVE/SAFETY/INDEX.HTM](http://ec.europa.eu/enterprise/automotive/safety/index.htm)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten

KOMMISSION SCHLÄGT AUSWEITUNG DER NAHRUNGSMITTELHILFE IN DER EU VOR

Die Kommission stellte am 17. November 2009 ihre Vorschläge zur Ausweitung der Nahrungsmittelhilfe in der EU vor (Änderung der VO (EG) Nr. 1290/2005 sowie der VO (EG) Nr. 1234/2007). Gemäß dem Vorschlag sollen die Mittel für das Programm von 300 Mio. Euro auf 500 Mio. Euro mit nicht genutzten Mitteln aus der Agrarleitlinie aufgestockt werden. Die Palette von Erzeugnissen, die zur Verteilung kommen, soll erweitert und die Möglichkeit, die Nahrungsmittel auf dem freien Markt zu beschaffen ausgebaut werden. Ab 2010 wird eine Kofinanzierung (85 % bzw. 75 % in Kohäsionsregionen aus EU-Haushaltsmitteln) eingeführt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1335&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

INFORMELLER AGRARRAT DEBATTIERT ÜBER GAP NACH 2013

Vom 21. bis 23. September 2008 tagte der Informelle Agrarrat in Annecy und beschäftigte sich auf einer Gesprächsgrundlage der französischen Ratspräsidentschaft mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013. Als zukünftige Herausforderungen wurden die sichere Lebensmittelversorgung der Weltbevölkerung, die Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern, der Erhalt der sozialen Balance in den Industrienationen, Klimawandel, Wasserknappheit und verlässliche Bedingungen für Landwirte und deren Familien sowie eine angemessene Förderung ländlicher Regionen identifiziert. Übereinstimmung herrscht hinsichtlich der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Marktorientierung, der nachhaltigen Umwelnutzung, der besonderen Behandlung der sensiblen Regionen und der Produktion von Qualitätsprodukten. Rund 20 Mitgliedstaaten halten an einer starken GAP mit Marktinstrumenten und einem Budget fest.

EUROPÄISCHES PARLAMENT NIMMT BERICHT ZUR SITUATION UND DEN PERSPEKTIVEN DER LANDWIRTSCHAFT IN BERGGEBIETEN AN

In der Plenarsitzung am 23. September stimmte das Plenum des Europäischen Parlaments dem Initiativbericht „Situation und Perspektiven der Landwirtschaft in Berggebieten“ mit großer Mehrheit zu. Im Zentrum des Berichts steht die Forderung, ungenutzte Mittel aus der 2. Säule der GAP zur finanziellen Unterstützung von landwirtschaftlichen Betrieben in Berggebieten zu verwenden. Das Parlament rief die Kommission auf, innerhalb von sechs Monaten eine Strategie zur nachhaltigen Entwicklung und Benutzung von Ressourcen in Berggebieten vorzulegen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=->

[//EP//NONSGML+TA+20080923+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE](http://EP//NONSGML+TA+20080923+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE)

SONDERSITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR LANDWIRTSCHAFT UND LÄNDLICHE ENTWICKLUNG ZUM HEALTH CHECK

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments befasste sich in einer Sondersitzung am 23.09.2008 mit dem Health Check. Die Abgeordneten äußerten sich insbesondere darüber besorgt, dass der Rat eine Entscheidung fällen könnte, bevor das Parlament seine Stellungnahme zum Health Check abgegeben hat. Angesichts der mehr als 1200 Änderungsanträge appellierte der Berichterstatter Capoulas-Santos (SPE/PRT) an die Abgeordneten, sich kompromissbereit zu zeigen, um in den Verhandlungen mit dem Rat eine einheitliche und starke Position zu vertreten.

EUROPÄISCHES PARLAMENT DEBATTIERT ÜBER ENTWICKLUNGSHILFE VON 1 MRD. EURO

Am 10.09.2008 befasste sich der Ausschuss für Ländliche Entwicklung mit dem Vorschlag der Kommission zur „Krisenreaktionsfazilität zur Bewältigung des drastischen Anstiegs der Nahrungsmittelpreise in Entwicklungsländern“. Die Kommission plant angesichts der weltweit gestiegenen Lebensmittelpreise 1 Mrd. EUR für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Der Agrarausschuss spricht sich grundsätzlich dafür aus, den Armen zu helfen, kritisiert aber das Vorgehen und die Finanzierung des Kommissionsvorschlages.

NEUE VERORDNUNG ZUM TIERSCHUTZ ZUM ZEITPUNKT DER TÖTUNG

Am 18. September 2008 hat die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung über den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung (KOM(2008)553) veröffentlicht. Die neue Regelung soll die bisher geltende RL 93/119/EG ersetzen und als Verordnung EU-weit die gleichen

Vorschriften für die Tötung bzw. Schlachtung vorgeben (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMUGV in diesem EB).

Verordnungsvorschlag:

<http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/slaughter/proposal-de.pdf>

Informationen:

http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/slaughter/slaughter_directive_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

ANTIDISKRIMINIERUNGSRICHTLINIE: EUROPAGESPRÄCH MIT SOZIALMINISTERIN STEWENS UND EU-SOZIALKOMMISSAR DR. ŠPIDLA

In einem Europagespräch diskutierten am 17. September 2008 in der Bayerischen Vertretung in Brüssel die bayerische Sozialministerin Christa Stewens und EU-Sozialkommissar *Dr. Vladimír Špidla* Notwendigkeit und Mehrwert der geplanten EU-Antidiskriminierungsrichtlinie (KOM (2008) 426). Diese soll Diskriminierungen aufgrund von Tatbeständen wie Religion, Behinderung oder Alter außerhalb von Beschäftigung und Beruf bekämpfen. Ministerin Stewens kritisierte den Richtlinienvorschlag der Kommission – ebenso wie die bayerischen Europaabgeordneten *Dr. Anja Weisgerber* und *Dr. Gabriele Stauner* (CSU) – als zu unklar. Sie wies darauf hin, dass ein wirksamer Schutz nicht „von oben verordnet“ werden, sondern nur durch eine vorurteilsfreie und tolerante Gesellschaft garantiert werden kann. Außerdem müsse der Subsidiaritätsgrundsatz beachtet werden.

SOZIALPAKET: EUROPÄISCHES PARLAMENT DEBATTIERT PATIENTENRECHTE BEI GRENZÜBERSCHREITENDEN GESUNDHEITSDIENSTLEISTUNGEN

Das Europäische Parlament hat am 25. September 2008 die 3 Wochen zuvor begonnene Debatte über das Sozialpaket (s. EB 15/2008) mit dem Schwerpunkt auf den Zugang von Patienten zur Gesundheitsversorgung in anderen EU-Ländern fortgesetzt. Die entsprechende Richtlinie (KOM (2008) 414) war von der Kommission im Rahmen des Sozialpakets am 02. Juli 2008 vorgelegt worden. Sie regelt die Inanspruchnahme von Gesundheitsdienstleistungen im Ausland. Während der Debatte betonten die Abgeordneten des Parlaments über Fraktionsgrenzen hinweg besonderes die Wichtigkeit einer bestmöglichen Information von Patienten über Behandlungsmöglichkeiten und Patientenrechte. Als noch offene Fragen sprach der Berichterstatter im federführenden Gesundheitsausschuss (ENVI), *John Bowis* (EVP),

insbesondere den Umgang mit Arztfehlern, die Vorabgenehmigung, Fragen der Rezepteinlösung und der Abwicklung der Kostenerstattung an.

EUGH BESTÄTIGT MEDIKAMENTENVERSORGUNGSREGEL FÜR DEUTSCHE KRANKENHÄUSER

Der Europäische Gerichtshof hat am 12. September 2008 die Regelung der Medikamentenversorgung von Krankenhäusern durch § 14 Abs. 4 und 6 des deutschen Apothekengesetzes als EG-rechtmäßig bestätigt (Rechtssache C-141/07). Im Gegensatz zur klagenden Kommission sah sie die darin geregelten Anforderungen an eine Apotheke und die damit einhergehende Einschränkung des freien Handels als gerechtfertigt an, um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen. Der EuGH bestätigt damit das Recht der Mitgliedstaaten, zu bestimmen, wie und auf welchem Niveau der Schutz der Gesundheit seiner Bevölkerung gewährleistet werden soll.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

NIEDERLASSUNGSFREIHEIT FÜR APOTHEKER – VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN DEUTSCHLAND

Am 18. September 2008 hat die Europäische Kommission den nächsten Schritt eines Vertragsverletzungsverfahrens gem. Art. 226 EGV gegen Deutschland wegen Beschränkung der Niederlassungsfreiheit durch das Apothekenrecht eingeleitet und förmlich zur Änderung der Vorschriften aufgefordert.

Deutschland hat zwei Monate Zeit, entsprechend zu reagieren. Andernfalls kann die Kommission den Europäischen Gerichtshof anrufen.

http://ec.europa.eu/internal_market/services/pharmacy_de.htm

EUROPÄISCHER ROMA-GIPFEL IN BRÜSSEL

Auf dem ersten europäischen Roma-Gipfel am 16. September 2008 in Brüssel waren die 400 Teilnehmern aus EU-Institutionen, Mitgliedstaaten und Verbänden uneinig darüber, welche Strategien zur Verbesserung der Situation der größten ethnischen Minderheit Europas verfolgt werden sollen. Insbesondere die Forderung von Verbänden nach einer EU-Rahmenstrategie zur Integration von Roma in die Gesellschaft lehnte EU-Sozialkommissar *Dr. Vladimír Špidla* klar ab. Er verwies auf bereits bestehende Initiativen und sprach sich für ein gemeinsames Engagement der Akteure auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene aus.

http://ec.europa.eu/news/employment/080916_1_de.htm

BILDUNG: NEUESTE ENTWICKLUNGEN IM BILDUNGSBEREICH

Ratsseitig konnten die Arbeiten zur Schlussfolgerungen zu einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der schulischen Bildung sowie zur Weiterentwicklung des Kopenhagen-Prozesses abgeschlossen werden. Auch die Empfehlungsentwürfe für die Einrichtung eines europäischen Kreditpunktesystems (ECVET) sowie eines Rahmens zur Qualitätssicherung für die berufliche Bildung konnten im Konsens finalisiert werden. Alle Dossiers konnten von Deutschland hinsichtlich wichtiger Aspekte entscheidend beeinflusst werden. Für neu eingebrachte Schlussfolgerungen zur Mobilität von Jugendlichen erhielt der französische Ratsvorsitz im Hinblick auf drei *benchmark*-ähnliche Forderungen an die Mitgliedstaaten keine Unterstützung.

JUGEND: KOMMISSION VERÖFFENTLICHT ONLINE-KONSULTATION ZUR ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN KOOPERATION IM JUGENDBEREICH

Die Europäische Kommission hat eine an europäische Jugendliche und europaweit tätige Organisationen im Jugendbereich gerichtete Internet-Konsultation zu Herausforderungen und Chancen für Jugendliche in Europa mit Frist 25.11.2008 veröffentlicht.

EUROPÄISCHES INNOVATIONS- UND TECHNOLOGIEINSTITUT

In der am 15. September 2008 in Budapest stattgefundenen konstituierenden Sitzung des Europäischen Innovations- und Technologieinstitutes (EIT) wurde zum Vorsitzenden des 18-köpfigen Verwaltungsrats *Prof. Martin Schuurmans* gewählt. *Prof. Wolfgang A. Herrmann* - der einzige Vertreter der deutschen Hochschulen im EIT-Verwaltungsorgan – wurde zusammen mit drei weiteren Verwaltungsratsmitgliedern in den für die Vorbereitung von Strategieentscheidungen und zur Begleitung von Fördermittelvergabeverfahren zuständigen Exekutivausschuss des EIT gewählt.

http://ec.europa.eu/eit/mission_en.htm

HOCHSCHULENTWICKLUNG: ARBEITSPAPIER DER LEAGUE OF EUROPEAN RESEARCH UNIVERSITIES ZUM BILDUNGS-AUFTRAG VON UNIVERSITÄTEN

Die League of European Research Universities veröffentlichte am 18. September ein Arbeitspapier mit dem Titel „What are universities for?“. Nach Ansicht der Autoren bedrohen die Reformagenda der EU im Bereich Hochschulbildung und die steigende Tendenz, Universitäten lediglich als Produzenten zu betrachten, den Bildungsauftrag der Universitäten.

<http://www.leru.org/>

EU-KOMMISSAR POTOČNIK LEHNT WEITERE SPEZIELLE KMU-FORSCHUNGSFÖRDERUNGSMÄßNAHMEN AB

EU-Kommissar *Janez Potočnik* sprach sich in seinem Betrag zur Konferenz „Europäische Union, Forschung und KMU: Innovation in Bewegung“ nachdrücklich gegen neue Programme zur Förderung von forschenden KMU aus. Vielmehr gelte es, Synergien bei bereits existierenden Fördermaßnahmen zu gewinnen.

ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/fp7/docs/practical-guide-eufunding_en.pdf

NEUE STRATEGIE ZUM THEMA MEHRSPRACHIGKEIT

Die Kommission veröffentlichte am 18. September die Mitteilung „Mehrsprachigkeit: Trumpfkarte Europas, aber auch gemeinsame Verpflichtung“. Obgleich eine strategische Ausrichtung der Mehrsprachigkeit angekündigt war und sich die Bayerische Staatsregierung zur Stärkung der Amtssprache Deutsch eingesetzt hatte, blieb die Sprachensituation in den europäischen Institutionen gänzlich unerwähnt.

http://ec.europa.eu/education/languages/index_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

UMWELTAUSSCHUSS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS STIMMT ÜBER VERORDNUNGSVORSCHLAG ZUR CO₂-REDUKTION BEI PKW AB

In seiner Abstimmung am 25. September 2008 über die CO₂-Reduktion bei Pkw und leichten Nutzfahrzeugen folgte der Umweltausschuss in den strittigen Punkten im Wesentlichen nicht den Ergebnissen der Abstimmung im Industriausschusses am 01. September 2008 (s. EB 15/2008), sondern behielt die Linie der Kommission bei. So wurden die Kompromissanträge zu einer

schrittweisen Einführung der CO₂-Auflagen (phasing-in) sowie zur Reduzierung der Strafzahlungen abgelehnt (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

EUROBAROMETER-UMFRAGE ZUM KLIMAWANDEL

Am 11. September 2008 hat die Europäische Kommission die Ergebnisse der Umfrage „Einstellungen der europäischen Bürger zum Klimawandel“ veröffentlicht. Schwerpunkt sollte die Frage sein, wie sich die Bürger über den Klimawandel informiert fühlen. Die Befragung erfolgte durch persönliche Interviews im März und April 2008 unter 30.170 Bürgern in den 27 Mitgliedsstaaten.

Ergebnisse für Deutschland:

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_300_de.pdf

Vollständiger Bericht:

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_300_full_de.pdf

NIEDERLASSUNGSFREIHEIT FÜR APOTHEKER – VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN DEUTSCHLAND

Am 18. September 2008 hat die Europäische Kommission den nächsten Schritt eines Vertragsverletzungsverfahrens gem. Art. 226 EGV gegen Deutschland wegen Beschränkung der Niederlassungsfreiheit durch das Apothekenrecht eingeleitet und förmlich zur Änderung der Vorschriften aufgefordert.

Deutschland hat zwei Monate Zeit, entsprechend zu reagieren. Andernfalls kann die Kommission den Europäischen Gerichtshof anrufen.

http://ec.europa.eu/internal_market/services/pharmacy_de.htm

SOZIALPAKET: EUROPÄISCHES PARLAMENT DEBATTIERT PATIENTENRECHTE BEI GRENZÜBERSCHREITENDEN GESUNDHEITSDIENSTLEISTUNGEN

(s. hierzu Beitrag des StMAS in diesem EB).

NEUE VERORDNUNG ZUM TIERSCHUTZ ZUM ZEITPUNKT DER TÖTUNG

Am 18. September 2008 hat die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung über den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung (KOM(2008)553) veröffentlicht. Die neue Regelung soll die bisher geltende RL 93/119/EG ersetzen und als Verordnung EU-weit die gleichen Vorschriften für die Tötung bzw. Schlachtung vorgeben.

Verordnungsvorschlag:

<http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/slaughter/proposal-de.pdf>

Informationen:

HTTP://EC.EUROPA.EU/FOOD/ANIMAL/WELFARE/SLAUGHTER/SLAUGHTER_DIRECTIVE_D E.HTM

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

ABSTIMMUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ZUM TK-PAKET

Im Rahmen der Reform des Rechtsrahmens für elektronische Kommunikation fanden am 24. September 2008 im Europäischen Parlament die Abstimmungen in erster Lesung zum TK-Paket statt. Rat und Europäisches Parlament bewegten sich dabei aufeinander zu, jedoch existieren weiterhin zu einigen Regelungen unterschiedliche Auffassungen. Die Forderungen der deutschen Länder fanden weitestgehend Eingang.

Pressemitteilung von *Dr. Angelika Niebler* zum Thema:

<http://www.angelika-niebler.de/htm/presse.htm>

Internetartikel des Nachrichtenmagazins EurActiv zum Thema:

<http://www.euractiv.com/de/informationsgesellschaft/parlament-unterstuetzt-umfangreiche-uberarbeitung-telekommunikations-internetbranchen/article-175735>

EUROPAKONFERENZ ZUM THEMA KREATIVE ONLINE INHALTE IN PARIS

Unter dem Titel „kreative Online-Inhalte“ (*Contenus créatifs en ligne*) veranstaltete die französische Ratspräsidentschaft vom 18.09. bis 19.09. eine Konferenz zur Veröffentlichung künstlerischer Erzeugnisse in digitalen Netzwerken, insbesondere im Internet. Im Mittelpunkt des Treffens stand die Frage nach einem wirksamen Vorgehen gegen Online-Piraterie durch die Förderung des legalen Angebots künstlerischer Erzeugnisse im Internet sowie nach geeigneten Strategien für deren Vermarktung. Hauptziele waren neben dem Erfahrungsaustausch der Teilnehmer der Dialog zwischen Künstlern, Medienindustrie, Netzbetreibern und Verbrauchern und die Ausarbeitung konkreter Vorschläge zur Verbesserung der Situation.

Informationen der französischen Ratspräsidentschaft über die Konferenz:

http://www.eu2008.fr/PFUE/cache/offonce/lang/en/accueil/PFUE-09_2008/PFUE-18.09.2008/seminaire_europeen_sur_les_contenus_creatifs_en_ligne;jsessionid=3521346EC706D086AA99ADDBB6D08D8E
<http://www.culture.gouv.fr/culture/actualites/index-3.htm>

Rede von Christine Albanel zum Abschluss der Konferenz:

<http://www.culture.gouv.fr/culture/actualites/index-3.htm>

EMPFEHLUNGSVORSCHLAG: REDING WILL WETTBEWERB FÜR NGAN (NEXT GENERATION ACCESS NETWORKS) ANTREIBEN, ÖFFENTLICHE KONSULTATION GESTARTET

Die für den Bereich Informationsgesellschaft zuständige EU-Kommissarin *Viviane Reding* verfolgt nach wie vor das Ziel, Investitionen in Netzwerke für Highspeed – Internet attraktiver zu machen. Hierzu hat *Reding* in der letzten Woche einen ersten Empfehlungsvorschlag vorgestellt. Inhaltlich sieht die Regelung vor, dass Betreiber ihre Netze für andere Unternehmen zugänglich machen müssen und im Gegenzug von ihnen eine Risikoprämie i.H.v. 12 – 15 % erheben dürfen.

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1370&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

STUDIE VON FRONTIERS ECONOMICS ZUR REDUZIERUNG VON TERMINIERUNGSENTGELTEN VERÖFFENTLICHT

Am 12. September 2008 veröffentlichte das Beratungsunternehmen Frontier Economics die Ergebnisse einer Studie, die sich mit den möglichen Auswirkungen einer EU-Regulierung von Terminierungsentgelten (MTR - Mobile Termination Rates) befasst. Die Untersuchung kommt zu dem Schluss, eine Senkung der Terminierungsentgelte habe nicht zwangsläufig eine Ermäßigung der Mobilfunkpreise zur Folge. Anscheinend unterschätze die Kommission die Kosten der Terminierungsdienste, vermuteten *George Houpis* und *José María Rodríguez*, Vorstände von Frontier Economics.

Link zur Studie von Frontier Economics:

http://www.frontier-economics.com/library/publications/Frontier%20publication_MTRimpact.pdf